

„Wir brauchen das Geld für die Agenda 2028, um die BLÄK zukunftsfähig zu machen“

Im Interview mit Dr. Gert Rogenhofer

Die Delegierten des 83. Bayerischen Ärztinnen- und Ärztetags beschlossen in Lindau Mitte Oktober nach einer engagierten Diskussion eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge für die Ärzteschaft in Bayern. Die zusätzlichen Mittel sollen insbesondere aufgewendet werden, um die Transformation der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK) und ihre Zukunftsfähigkeit zu finanzieren. Der Beitragssatz steigt auf 0,46 Prozent und wird künftig für alle BLÄK-Mitglieder erhoben. Daher drehte sich die Debatte unter anderem um die nun beschlossene Beitragsveranlagung der Ärztinnen und Ärzte im Ruhestand. Das Bayerische Ärzteblatt befragte dazu Dr. Gert Rogenhofer aus Regensburg. Er ist nicht nur Vorstandmitglied, sondern selber von der Veranlagung betroffen:



Dr. Gert Rogenhofer
Facharzt für Allgemeinmedizin,
Vorstandsmitglied der BLÄK

Herr Dr. Rogenhofer, was halten Sie davon, dass Ärztinnen und Ärzte im Ruhestand, und damit auch Sie persönlich, künftig Beiträge bei der BLÄK bezahlen müssen?

Rogenhofer: Es ist klar, dass jetzt erst einmal viele Fragen aufkommen: Warum machen wir das? Und was passiert mit dem neuen Geld, das jetzt in die Kammer fließt? Und hier vorab zur Klarstellung: Die BLÄK hat einen ausgeglichenen Haushalt. Es geht nicht darum Finanzlöcher zu stopfen, sondern die Transformation der Kammer zu finanzieren. Wir brauchen das Geld für die Agenda 2028, um die BLÄK zukunftsfähig zu machen.

Dennoch sind Beitragserhöhungen natürlich erstmal schlechte Nachrichten. Aber wenn wir eine gute Argumentationsgrundlage haben – und das haben wir in diesem Fall – dann bin ich mir sicher, werden wir bei der überwiegenden Mehrheit der Ruheständlerinnen und Ruheständler Zustimmung erhalten. Wenn wir hier einmal das Bild vom gemeinsamen Haus bemühen: Wir haben in der BLÄK ein Haus, in dem alle 27 Fachgruppen vertreten sind. Wenn also einmal der Schritt zur Veranlagung der Rentnerinnen und Rentner getan ist, dann wird dies auch für die zukünftigen Generationen gelten. Also allein vom Solidaritätsgedanken her, befürworte ich, dass alle gleich „zur Kasse“ gebeten werden.

Was genau meinen Sie mit Solidarität?

Rogenhofer: Das Prinzip der Generationengerechtigkeit regelt nicht nur die faire Verteilung von Ressourcen, sondern auch die von Rechten und Pflichten zwischen den verschiedenen Generationen. Der Solidaritätsgedanke wiederum regelt gegenseitige Unterstützung und Hilfsbereitschaft – das heißt eine Solidarität zwischen den Generationen, wie in unserem Fall nun mit der gemeinsamen Veranlagung.

Ein Beitragssatz von 0,46 Prozentpunkten scheint auf den ersten Blick nicht wenig, gerade für so manche Ruheständlerinnen und Ruheständler.

Rogenhofer: Die Vollversammlung hat den Beitragssatz kürzlich beim Bayerischen Ärztinnen- und Ärztetag in Lindau beschlossen. Dort kam die Frage auf, warum Ruheständlerinnen und Ruheständler nicht auch betroffen sein sollten. Es gäbe ja auch Vorteile, zum Beispiel die Fortbildungen, die auch von Rentnerinnen und Rentnern besucht werden sowie das *Bayerische Ärzteblatt*. Entscheidend ist hier vor allem eine

nachvollziehbare Begründung – das haben wir auch von den Ruheständlerinnen und Ruheständlern selbst gehört. Wenn klar ist, wofür die Beiträge verwendet werden, sei eine solche Regelung vertretbar. Dieses Vorgehen knüpft an das Prinzip des Kollektiven Handelns und der Selbstverwaltung an: Die Ärzteschaft trifft ihre Entscheidungen durch gewählte Delegierte und Vorstände. Und unser Ziel ist es, die BLÄK zukunftsfähig zu gestalten.

Aber natürlich ist der Beitragssatz ein Sprung. Den einzelnen Rentner treffen im Durchschnitt 12,50 Euro im Monat. Wenn wir jetzt den Jahresbeitrag nehmen, kann es für Ruheständlerinnen und Ruheständler ein spürbarer Betrag sein. Das muss man an dieser Stelle honorieren.

Sie sprechen von Zukunftsfähigkeit. Für welche Maßnahmen und Investitionen sollen die künftigen Mehreinnahmen konkret verwendet werden?

Rogenhofer: Zum ersten Mal in der Geschichte der BLÄK wurde dieses Jahr eine Mitgliederbefragung gemacht. Eines der wichtigsten Ergebnisse war, dass wir der Interessenvertretung gegenüber Politik und Krankenkassen mehr Raum geben und weiter in den Vordergrund rücken. Zweitens, die Verbesserung der Servicequalität. Zum Beispiel soll die Bearbeitungsdauer von Anträgen wesentlich verkürzt werden. Die Befragung zeigt aber auch, dass sich über 80 Prozent der Befragten wünschen per Telefon informiert zu werden. Dafür braucht es gutes Personal, und das gibt es gerade heute nicht zum Nulltarif. Gleichzeitig müssen wir für die Servicequalität unsere internen Prozesse digitalisieren, um effizienter und schneller arbeiten zu können.

All das trägt letztlich dazu bei, unsere Kammer zukunftsfähig aufzustellen. Und auch aus Sicht der Rentnerinnen und Rentner sollte der Erhalt der Kammer, die unsere Generation schließlich mitgeprägt hat, ein ganz wesentlicher Faktor sein.

Vielen Dank für das Interview, die Fragen stellte Dagmar Nedbal (BLÄK)